Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr 37 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Donnerstag, den 13. Februar. | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Landmanns Sonntagsblatt", „Herd und Scholle", — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1930

Der Kampf um den Young-Plan

Fortsetzung der Young-Debatte.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Februar.

Der zweite Tag der Young-Debatte im Reichstag brachte zwar keine erheblichen Überraschungen, wie etwa vollständige Wendung irgendeiner Partei in der Beurteilung des Haager Planes. Alles Für und Wider ist mehr als einmal gesagt und die Redner unterstrichen nur noch mit dem ihnen verliehenen größeren oder geringeren Temperament die Meinungen ihrer Gesinnungsfreunde. In oratorischer Beziehung jedoch übertraf die heutige Auseinandersetzung vielleicht, wenigstens in ihrem ersten Teil, die vorangegangenen Plädoyers. — Abg. Dr. Hötzsch von der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft lehnte in sachlicher und vornehmer Weise die Young-Gesetze ab, der Demokrat Dr. Dernburg sprang für sie ein, Minister Dr. Wirth, Verwalter des Ministeriums für die besetzten Gebiete und einer der Hauptvertreter Deutschlands im Haag, brachte in seine von gehobenem politischen Niveau getragenen Betrachtungen eine pikante Note, als er bei gerechter Würdigung der Darlegungen des Abgeordneten Hötzsch doch konstatieren zu dürfen glaubte, dessen Angriffe gegen den internationalen Hochkapitalismus deckten sich ziemlich mit den sonst von der Rechten so sehr bekämpften Lehren des Marxismus. Wirth verfocht die Ansicht der Young-Plan in seiner vorliegenden Gestalt biete nicht den geringsten Anhalt für irgendeine gewaltsame Sanktionsmaßnahme.

Während der folgenden Stunden, in denen die Abgeordneten Dr. Quaatz von den Deutschnationalen, der Sozialdemokrat Heinig und der Wirtschaftsparteiler Mollath die Sprechertribüne beherrschten, ließ das Interesse im Hause ziemlich nach, so daß der Christlichnationale Abgeordnete Dr. Klönne, als die Reihe an ihn kam, um Vertagung angesichts der schwachen Besetzung und der Nichtanwesenheit jeglichen Ministers bat. Diese wurde auch vom Vizepräsidenten von Kardorff gewährt, der die Weiterverhandlung für 30 Minuten aussetzte. Dann kam Herr Klönne zu seinem Recht. Finanzminister Dr. Moldenhauer war mittlerweile erschienen, aber reichlicher Platzüberfluß in den Abgeordnetenbänken machte sich immer noch breit. io.

Sitzungsbericht.

(128. Sitzung.) CB. Berlin, 12. Februar.

Der Reichstag setzt die Beratung der Young-Gesetze zu den Haager Abmachungen fort; mit der Beratung verbunden ist u. a. auch der Antrag des Abg. Graf zu Reventlow über den öffentlichen Anschlag der in der Sitzung vom 11. Februar vom Reichsaußenminister Dr. Curtius gehaltenen zweiten Rede.

Abg. Dr. **Dernburg** (Dem.): Der Young-Plan bedeutet nicht nur einen großen Fortschritt gegenüber der Dawes-Regelung, sondern auch gegenüber allen vorherigen Abkommen. Die Gläubiger sind jetzt an einem weiten Markt für deutsche Auslandsanleihen und an billigen Zinsen für Deutschland interessiert. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wird eine wichtige Einrichtung sein. Bei

Herbeiführung einer Dawes-Krise,

wie sie von einzelnen Seiten gefordert wurde, würde ein Zustand eintreten, der indestens fünf Jahre lang mit entsetzlicher Wucht das Wirtschaftsleben vernichtete, ohne daß irgendein Ergebnis dabei herauskäme. Die sogenannte Sanktionsklausel im Young-Plan ist nicht der Regierung Müller-Stresemann-Curtius gewidmet, sondern der allerdings glücklicherweise sehr entfernten Möglichkeit einer Diktatur Hugenberg-Hitler. Gewiß ist der ganze Young-Plan ein Kompromiß. Die ganze Situation drängt zu internationaler Zusammenarbeit. Der Young-Plan ist weder eine vollständige noch endgültige Lösung und niemand kann voraussehen, wie sich innerhalb der nächsten 58 Jahre die Verhältnisse gestalten. Die Frage, ob der Plan durchführbar ist, ist heute gar nicht zu beantworten. Das Zentrum hat recht darin, wenn es gleichzeitig mit dem Plan die Ordnung der deutschen Finanzen verlangt.

Abg. Dr. Hötzsch (Christlichnat. Ag.) lehnt es zunächst ab, denjenigen als antinational zu bezeichnen, der eine andere Meinung habe als er selbst. Seinerzeit habe er den Dawes-Plan angenommen. Der Young-Plan unterscheide sich von ihm vor allem darin, daß die deutsche Reparationslast mit den internationalen Schulden an Amerika verbunden wird. Dadurch werden wir

Schuldner der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Last des Young-Planes ist zu schwer. Deshalb und weil ferner noch die Revisionsmöglichkeit sehr vermindert ist gegenüber dem Dawes-Plan, lehnt meine Partei den Young-Plan ab. Sanktionsmöglichkeiten enthält er allerdings nicht. — Das Abkommen mit Polen ist nach allen Erfahrungen unmöglich. Die jetzigen polnischen Grenzen finden bei niemandem im Hause Anerkennung. Von einem Ostlocarno ist im Young-Plan nicht die Rede. Der Weg zu einer guten deutschen Ostpolitik soll nicht versperrt werden. Wir wollen mit friedlichen Mitteln auf ihm vorwärtsgehen und zu einem guten Zusammenleben mit Polen kommen. Der Young-Plan wirft auf zwei Generationen hinaus ein engmaschiges Netz über Europa. Dieses Netz ist beherrscht von dem Newyorker Kapitalismus. Wir müssen daran denken, daß jetzt schon zwei Drittel der deutschen Bevölkerung Lohn- und Gehaltsempfänger, also begrifflich Proletarier sind. Dr. Schacht, der berufen ist, Deutschland in diesem großen weltkapitalistischen Konzern zu vertreten, möge nicht nur der Anwalt einer kapitalistischen Ordnung, sondern auch der Anwalt der ganzen deutschen proletarischen Welt sein!

Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth:

Bei den ersten Reparationsforderungen haben sich die Machthaber bei unseren ehemaligen Gegnern in keiner Weise von ökonomischen Gesichtspunkten leiten lassen. Noch im Londoner Ultimatum wurde die unmögliche Summe von 132 Milliarden Mark verlangt. Im Laufe der Jahre ist in diesem Punkte eine gewisse Besserung eingetreten. Nach dem Gang der Haager Verhandlungen und nach dem Wortlaut des Schriftwechsels kann ein Nichtkönnen Deutschlands niemals als ein Nichtwollen gedeutet werden. Vor der ganzen Welt können wir erklären, daß weder unsere Gläubiger zusammen noch irgendein einzelner gegen uns aus einem Nichtkönnen Deutschlands vorgehen dürfen. Das Nichtkönnen ist aber ausdrücklich zu begründen durch die Organe, die im Young-Plan selbst genannt werden. Wer unserem deutschen Volk wirklich nutzen will, kann aus dem Young-Plan nur das herauslesen, was das deutsche Volk als Sinn, Wesen und Kern herauslesen muß. Der Sanktionsbegriff des Versailler Vertrages ist abgeschafft und ausgemerzt. Herr von Freytagh-Loringhoven sollte besonders stutzig werden, wenn er bemerkt, mit welcher Gier und Hast sich die französischen Chauvinisten auf seine Auslegung des Young-Planes stürzen, auf die Auslegung, nach der die Sanktionsmöglichkeit angeblich noch besteht. Die deutsche Botschaft berichtet aus Paris, daß die französische nationalistische Presse die Artikel abdruckt mit dem Hinweis darauf, daß von Freytagh-Loringhoven ein deutscher Völkerrechtslehrer sei. (Große Bewegung im Hause.) Dieser deutschnationale Abgeordnete sollte solche Auslegungen lieber als Privatdozent des Völkerrechts in Paris lehren und nicht in Deutschland (Erregung im Hause; Zurufe von rechts und von links.) Enthielte der Young-Plan wirklich eine Sanktionsmöglichkeit, so würde ich meinen Parteifreunden die Ablehnung empfehlen. Er enthält in Wirklichkeit keine solche Möglichkeit.

Im Haag wurde auch über das Volksbegehren gesprochen; aber wir haben Herrn Tardieu, dem französischen Ministerpräsidenten, gesagt: Wenn die Deutschnationalen einmal in Deutschland regieren sollten, so würden sie den Plan nicht zerreißen, sondern ihn besonders eifrig erfüllen! (Heiterkeit.) Die Entscheidung über die Haager Abmachungen liegt jetzt beim Reichstag!

Der Redner schließt mit den Worten, indem er sich an die Rechte wendet: Ihre bisherige Politik bedeutet das Ende, die von uns vertretene Politik den Fortschritt für Deutschland! (Großer Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Quaatz (Dtn.): Dr. Wirth hat vergeblich versucht, die Schuld an der Niederlage der deutschen Vertreter im Haag auf die Deutschnationalen abzuwälzen. Nicht diese und Herr Freytagh-Loringhoven haben den Franzosen die Auslegungsmöglichkeiten gewiesen, sondern vielmehr der französische Ministerpräsident Tardieu in mehreren Äußerungen, die er in Paris machte. Herr Dr. Wirth hätte lieber im Haag statt hier den Sanktionsbegriff wegwischen sollen. Ausschußverhandlungen hinter verschlossenen Türen machen wir nicht mit. Die Deutschnationalen verlangen

Aufklärung in aller Öffentlichkeit

und die Vorlegung des Materials, das in Paris zugrunde lag. Dr. Quaatz ist der Meinung, daß die Young-Gesetze in drei Punkten verfassungsändernd sind, und zwar in der Frage des Reichsbahngesetzes, des Reichsbankgesetzes und des Polenabkommens. Die Deutschnationalen können auch in weitem Umfange die Kritik des Zentrumsabgeordneten Brüning unterschreiben. Dr. Quaatz bezieht sich weiter auf die Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, wonach auch bei den Regierungsparteien die Unerfüllbarkeit des Young-Planes anerkannt wird. Nach dem Young-Plan soll das verarmte Deutschland das Doppelte dessen zahlen, was sämtliche Ententemächte an Amerika schulden. Man soll sich doch

gleich einen französischen Oberpräsidenten nehmen,

der Deutschland verwaltet. Seit 1924 ist die deutsche Außenpolitik nichts weiter als eine Außenpolitik der Sozialdemokratie. (Zuruf: Die Deutschnationalen haben diese Politik ja mitgemacht!) Der Redner entgegnet darauf: Das ist eine alberne, unverschämte Lüge (Große Unruhe.)

Abg. **Heinig** (Soz.): Die Unehrlichkeit der deutschnationalen Politik zeigt sich darin, daß sie keinen besseren Weg als den Young-Plan angeben kann. Dieser bringt Verbesserungen. Solche Verbesserungen sehen wir allerdings nicht in den Bestimmungen, die Dr. Schacht zugunsten des Privatkapitals in das neue Reichsbankgesetz hineingebracht hat.

Ein neuer Typ der Young-Plan-Gewinnler

darf nicht entstehen. Wir wenden uns auch dagegen, daß Herr Schacht auf Umwegen die Golddiskontobank zum Schaden des Reiches durchgesetzt hat. Wir sind nicht ohne weiteres damit einverstanden, daß die Internationale Bank zu einem finanzpolitischen Völkerbund gemacht wird, deren Mitglieder, darunter Herr Schacht, überhaupt keine nationale Verantwortung mehr haben.

Abg. **Mollath** (Wirtschaftspartei) verurteilt die ungeheuerliche Hetze gegen Schacht. Ihm müsse ein offenes Wort erlaubt sein. Der Redner verlangt, daß der Young-Plan erst nach der Erledigung der Finanzreform verabschiedet werde.

Abg. Dr. **Klönne** (Christl.-Nat. Ag.) beantragt mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses, die Sitzung zu vertagen, bis Minister und Abgeordnete wieder anwesend seien. Vizepräsident von Kardorff vertagt darauf die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Abg. **Klönne** von der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft, daß der Neue Plan als etwas Definitives im Gegensatz zu dem Dawes-Plan gedacht sei. Der Dawes-Plan wollte seine Befriedigung aus der deutschen Wirtschaftsrente nehmen. Der Neue Plan will sich aus der deutschen Substanz bezahlt machen. Unter solchen Umständen ist es unmöglich, den Plan anzunehmen. Es gibt keinen wahren Frieden, ehe uns nicht

der Weichselkorridor zurückgegeben ist.

Den Deutschnationalen gegenüber muß allerdings betont werden, ein Befreiungskampf kann nicht in der Weise geführt werden, daß man ungeschickte Volksbegehren macht und die Politik auf ein einseitige Formel gegen den Marxismus beschränkt. Auch ich bin ein Gegner des Marxismus, kann aber nicht Millionen Deutscher, die sich zu ihm bekennen, Kampf ansagen. Ich muß im Gegenteil mit ihnen zusammenarbeiten, um Deutschland zu verteidigen

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Die an den Young-Plan geknüpften Befürchtungen wegen des Moratoriums sind weit übertrieben. Der Young-Plan kann uns gewiß nicht über alle Schwierigkeiten der Gegenwart hinweghelfen. Wir wollen ja mit Unterstützung der Parteien

an der Sanierung unserer Finanzen arbeiten,

aber wir kämen in eine weit schlimmere Lage bei Ablehnung dieses Planes. Dann müßten wir selbstverständlich die weit höheren Beträge des Dawes-Planes zahlen. Mit dem Young-Plan wird einmal eine Linderung der Lasten, zweitens eine Befreiung von den Kontrollinstanzen und schließlich die Befreiung der Rheinlande Tatsache. Die Regierung empfiehlt ihn dringend als einen Schritt weiter auf dem Wege zur Freiheit und zur wirtschaftlichen Erstarkung des Vaterlandes.

Abg. Lufft (Soz.) verteidigt das deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Durch dieses werden die Deutschen in Polen aus ihrer bisherigen gedrückten Stellung befreit.

Abg. Herberg-Zwickau (Volksrechtpartei): Redner erklärt, seine Partei werde den Young-Plan ablehnen. Mit ihm werde nur die bisherige Katastrophenpolitik weitergetrieben.

Die weitere Aussprache vertagt das Haus auf Donnerstag.

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichspräsident empfing den neuen amerikanischen Botschafter zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

* Die Zahl der Erwerbslosen ist weiter gestiegen. In der Berichtswoche wurden 2½ Millionen Hauptunterstützungsempfänger gezählt.

* Die bayerische Regierung und der Oberbürgermeister von München sprachen anläßlich des Unterganges der „München", die das Patenschiff der Stadt München war, dem Norddeutschen Lloyd herzliche Anteilnahme aus.

Generalbereinigung.

Es geht hübsch der Reihe nach, oder vielmehr gemäß der Fraktionsstärke. Die Redner haspeln ihre Reden herunter, deren Inhalt man schon vorher aus unzähligen schriftlichen und mündlichen Diskussionen her kennt. Und wenn einer der Oppositionsredner auch mit Engelszungen zu der Regierungskoalition spräche, wenn umgekehrt ein Sprecher irgendeiner Regierungspartei dieselben rednerischen Qualitäten gegenüber der Opposition aufbringen würde, so ist das alles schon einmal, zehnmal, tausendmal gesagt und außerdem wird der Gegner doch nicht zu einer andern Ansicht bekehrt als jene ist, mit der bewaffnet, gepanzert und gerüstet er den Sitzungssaal des Reichstages bei Beginn dieser „Debatte" betrat. Und diese Debatte bedeutet nur, daß das deutsche Volk nun zum tausendunderstenmal erfährt, wie und was seine Regierung und die Reichstagsfraktionen über den Young-Plan und die sonstigen mit ihm verknüpften Abmachungen denken. Erst im allgemeinen, dann noch einmal im besonderen, — und wenn die Ausschußberatung erst zu Ende ist, dann rollt dieselbe Szene ein zweites und womöglich ein drittes Mal ab. Nur die Nuancen sind verschieden, bei den Reden, bei den Rednern und bei den — Zuhörern. Ein Schauspiel oder Schaustück, — doch ein solches ohne versöhnenden Schluß, weil Spieler und Gegenspieler sich zwar gegenseitig nicht umbringen, aber ebensowenig gegenseitig überzeugen können.

„Bedenken" werden — mit Recht — geäußert, auch von den Rednern, die für Annahme des „Neuen Planes" sprechen, Bedenken, die sich dann besonders verdichten, wenn das Liquidationsabkommen mit Polen berührt wird. Das hat, wie alle Dinge dieser Welt, nicht nur zwei, sondern sehr viel mehr Seiten. Beim Hin und Her, beim Ja und Nein hierüber muß man aber nicht ganz vergessen, daß heutzutage Dinge unausgesprochen bleiben, die zwar jeder kennt und — vom deutschen Standpunkt aus — schmerzlich genug empfindet, an denen sich aber nach Ansicht der regierenden Kreise leider nichts oder kaum etwas ändern läßt. Die aber im Hintergrund der Debatte stehen, entscheidend, drohend, befehlend.

Und das sind nicht bloß politische, sondern vor allem solche wirtschaftlich-finanzieller Art. Sie sind von erheblichem, zum mindesten deutlicherem Einfluß als jene andern schon deswegen, weil das Zentrum immer und immer wieder verlangt, innenpolitisch die Entscheidung über den Young-Plan unbedingt zu verknüpfen mit der über die Finanzreform, wenigstens in deren Grundzügen. Man könnte Zeitmangel als Grund für eine Ablehnung dieses Verlangens nicht anführen. Weit wichtiger natürlich als jede Finanzreform ist das Ja oder das Nein zum Young-Plan, — aber dieses Ja oder Nein steht doch eben im Reichstag so gut wie fest, so daß — siehe oben! — die nun einmal üblichen Verhandlungen darüber, die „gründliche Aussprache", gar nicht sehr viel Zeit zu erfordern braucht. Andererseits hat sich in der Frage der Steuererhöhungen und Finanzenregelung der ursprünglich recht schroffe Gegensatz in manchen Dingen schon erheblich gemildert. Und — um auch einmal einen neuen Gesichtspunkt in die Debatte zu werfen, wie Wippchen sagen würde —: gerade, wer von der Annahme des Neuen Planes günstige weltwirtschaftliche Folgen, ein Ansteigen der Konjunktur erwartet, müßte für eine mit dieser Annahme etwa gleichzeitig erfolgende Regelung der steuerlich-finanziellen Grundlagen des Reiches und damit auch der letzten Vorbedingung für die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland fordern. Alles zusammen wäre also eine wirklich umfassende, eine Generalbereinigung der Gesamtlage in Politik und Wirtschaft. Das wäre ein Ziel, des Schweißes nicht bloß der Edlen, sondern sogar der — Reichstagsabgeordneten wert.

Man kann von der praktischen Ergebnislosigkeit — in oben angedeutetem Sinne — der Reichstagsdebatten überzeugt sein, mag auch die schleunige finanzielle Neuregelung für wichtiger halten als jene Reden. Aber das hieße, den dortigen breitgesponnenen Verhandlungen doch nicht ganz gerecht werden, würde ganz und gar etwas vergessen: sie sind der Reflex, die Rückwirkung der überaus tiefgehenden, der starken Anteilnahme des deutschen Volkes an der gesamten Entwicklung aller der Dinge, die sich seit dem Zusammentreten der Sachverständigen in Paris bis auf den heutigen Tag abspielten, ein Ausdruck dieser Anteilnahme vor allem am Resultat dieser Entwicklung, am „Neuen Plan". Und so ist der Reichstag doch das Sprachrohr dieser inneren Beteiligung, analysiert sie, begründet sie, gibt ihr die Ausdrucksform, alles in einem das Ja oder das Nein unterstreichenden und rechtfertigenden Sinne. Und man möchte nur wünschen, daß die Form dieser Formung eine solche bleibt, die dem Ernst und der Schwere der Stunde immer entspricht.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Berufssteuer statt Gewerbesteuer?

Dem Preußischen Landtag ist ein Urantrag der Wirtschaftspartei zugegangen, worin das Staatsministe-

Die Verkoppelung der Sozialversicherungen

Das Sanierungsproblem in der Arbeitslosenversicherung.

Man kann den vorhergesehenen Verschuldungsabbau der Arbeitslosenversicherung dem Reich gegenüber durch eine, wenn auch vom Reich aus bürgschaftsmäßig gesicherte Kredithilfe der übrigen Sozialversicherungsträger höchstens als vorübergehende Behelfsmaßnahme gelten lassen, wenn sich dadurch die von den Gewerkschaften erstrebte und für die Wirtschaft noch schädlichere weitere Heraufsetzung der Beiträge vermeiden läßt, so schreibt die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt Leipzig in einem Bericht. Eine grundlegende Form kann dagegen nur in der Richtung der verschiedenen wiederholt gemachten Besserungsvorschläge liegen, sobald sie sich gleichmäßig mit weitgehender Sparsamkeit in der Verwaltung verbindet, deren Möglichkeiten nach neueren Meldungen schon jetzt der Reichssparkommissar prüfen soll. Im übrigen muß bei Kreditvereinbarungen zwischen der Arbeitslosenversicherung und den anderen Sozialversicherungen — allein im Hinblick auf bereits entsprechend vorhandene Fehlbeträge — rein versicherungstechnisch die dauernde Sicherheit für die an sich notwendige Vermögensverwaltung im Sinne der Rentabilitätsgrundsätze unter allen Umständen gewährleistet sein. Dabei hat die Frage nach der Höhe der Verzinsung und die bisher in erheblichem Maße geübte Praxis einer Weitergabe der verfügbaren Mittel an den Baumarkt keineswegs die untergeordnete Bedeutung, die man ihr häufig beilegt. Infolgedessen darf auch der mit einem Wirksamwerden der Geburtenausfälle während der Kriegszeit schon für die nächsten Jahre errechnete zwangsläufige Rückgang der Arbeitslosigkeit hier nicht als fester, unumstößlicher Faktor in Ansatz gebracht werden, solange es sich nur um eine Annahme handelt, deren günstige Folgen sehr leicht durch andere, vorerst noch nicht zu überschauende Umstände wieder aufgehoben werden können. Dies besonders, wenn man bedenkt, daß zu gleicher Zeit und aus den gleichen Gründen im Rahmen der anderen Sozialversicherungen die Ziffer der zahlungspflichtigen Mitglieder ebenfalls zurückgeht und die Zahl der Leistungsempfänger steigt. Selbst ein rechtzeitiges Flüssigmachen der für eine Darlehnshingabe an die Arbeitslosenversicherung notwendigen Summen scheint noch nicht festzustehen, weil die hierfür verwendbaren Überschüsse der laufenden Monatseingänge nicht als ausreichend angesehen werden und die bereits vorhandenen Vermögensrücklagen voraussichtlich nicht ohne Schwierigkeiten frei zu machen sind. Unter solchen Umständen bedarf jedenfalls dieser ganze Fragenkomplex in den nächsten Wochen der Etatsberatung noch einer eingehenden Klärung.

Das teure Stadtrecht.

Umwandlung kleinerer Landstädte in Landgemeinden.

Eine große Anzahl kleinerer Orte hat seinerzeit nicht zuletzt auf Grund ihres großen Vermögens die Städteordnung angenommen bzw. sich Stadtrechte verleihen lassen. Es ist bekannt, daß die städtische Verwaltung bedeutend mehr Kosten verursacht als die ehrenamtliche Verwaltung einer Landgemeinde. Vor dem Kriege konnten sich viele dieser kleinen Städte dieses Vergnügen leisten. Nachdem aber die Inflation das Barvermögen weggenommen hat, wird auch in diesen Städten die teure Verwaltung als drückend empfunden. So schreibt in der Nassauischen Bauernzeitung ein Landwirt einen Aufsatz, der in der Frage gipfelt: „Wohin?"

Der Ort der Handlung ist ein kleines Landstädtchen von 2800 Einwohnern. Die einst blühende Industrie ist durch das Großkapital resp. die betreffenden Konzerne zum Erliegen gebracht worden. Die Bevölkerung der Umgebung besteht aus Arbeitern und Kleinbauern, infolge des Verschwindens der Industrie fehlt es an Geld und es sind dadurch auch die Geschäftsleute und Handwerker des Städtchens in eine sehr schwere Lage gekommen. Es sollen hohe Steuern gezahlt werden und die Einnahmen fehlen; die Folgen sind Pfändungen und Zwangsversteigerungen. Die Losung heißt nun wie überall „Sparen!" Aber wie? Das Städtchen mit den 2800 Einwohnern hat an Gehältern zu zahlen: Bürgermeister rund 9500 Mark, Obersekretär rund 5400 Mark, Sekretär rund 3600 Mark, Registrator rund 2500 Mark, Stenotypistin rund 1800 Mark, Rentmeister rund 6600 Mark, Kassengehilfe rund 2100 Mark, Lehrlinge zusammen rund 1400 Mark, Polizeihauptwachtmeister rund 3300 Mark, Polizeiwachtmeister rund 3700 Mark, Polizeioberwachtmeister rund 3000 Mark, Feldpolizeiwachtmeister rund 3200 Mark, Nachtwächter rund 1000 Mark, Gemeindeförster rund 5000 Mark.

Auch anderswo kann man mit Beispielen aufwarten. Eine Stadt mit nicht ganz 2000 Einwohnern zahlt an Gehältern, Pensionen usw. etwa 40 000 Mark (gleich 20 Mark pro Kopf). Eine andere Stadt mit 1740 Einwohnern 29 000 Mark (gleich 16 Mark für den Kopf). Die ehrenamtlich verwalteten Landgemeinden aber weisen Sätze auf, die bis auf zwei Mark für den Kopf der Bevölkerung heruntergehen. Landgemeinden, die größer sind als die eben erwähnten Städte, brauchen aber höchstens die Hälfte dieser Summen.

Da ergibt sich die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, den Ballast der städtischen Verfassung abzuwerfen und durch Annahme der Landgemeindeordnung eine erhebliche Summe einzusparen.

Die Möglichkeit dazu ist gegeben. Im Paragraph 1 Absatz 2 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 heißt es: „Stadtgemeinden kann die Annahme der Landgemeindeordnung auf ihren Antrag nach Anhörung des Kreistages und des Provinziallandtages durch Verordnung des Staatsministeriums gestattet werden."

In der ministeriellen Anweisung II vom 28. Dezember 1891 zur Ausführung der Landgemeindeordnung heißt es unter Nr. 7: „Andererseits kommen in den östlichen Provinzen viele kleine Städte mit nur geringer Einwohnerzahl vor, welche, vorzugsweise auf den Landbau angewiesen, an dem größeren Verkehr nur in geringem Maße teilnehmen, somit einen dorfähnlichen Charakter haben. Solchen kleinen Städten vermag die städtische Verfassung keinen Vorteil zu gewähren, da sie der ihren Verhältnissen entsprechenden Einfachheit entbehrt und unnütze Kosten verursacht . . . Auch wird die Annahme der Landgemeindeordnung für solche Städte, welche zwar eine nicht ganz unerhebliche Einwohnerzahl aufweisen, im übrigen aber von größeren Landgemeinden nicht wesentlich verschieden sind, durch die Möglichkeit der Einrichtung eines kollegialischen Gemeindevorstandes und der Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers erleichtert."

Diese ministerielle Anweisung hat noch heute unveränderte Gültigkeit. Anträge nach dieser Richtung hin werden voraussichtlich bei den Behörden Verständnis finden.

Von der Reichsbahn.

Auszug.

Reichsbahn und Kraftwagen, herausgegeben von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Berlin, im Januar 1930, Voßstraße 35.

Die Deutsche Reichsbahn übergibt der Oeffentlichkeit eine Schrift, in der das Problem

„Reichsbahn und Kraftwagenverkehr"

in seinen wichtigsten Punkten behandelt wird. Die Reichsbahn sah sich hierzu nicht nur durch den sich immer weiter verschärfenden Wettbewerb selbst, sondern auch durch die zahlreichen Presseäußerungen und Einzelabhandlungen veranlaßt, die sich mit dem gleichen Problem befaßten, und in denen teilweise die Pläne und Ziele der Reichsbahn unzutreffend dargestellt wurden.

Die Schrift behandelt in ihrem 1. Kapitel die Auswirkungen des Kraftwagenverkehrs auf die Finanzen der Reichsbahn. Dabei wird dargelegt, daß es zwar schwierig ist, die der Reichsbahn durch den Kraftwagenverkehr zugefügten Ausfälle ziffernmäßig genau zu erfassen, daß man aber mit Hilfe bestimmter Methoden doch in der Lage ist, ziemlich zuverlässige Annäherungswerte zu ermitteln. Bei der für den Personen- und Güterverkehr zunächst getrennt aufgemachten Ausfallberechnung kommt die Reichsbahn zu einem Gesamtnettoausfall, der 1929 bereits rund 410 Millionen Reichsmark betrug. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre muß bei Fortbestand der gegenwärtigen Verhältnisse mit einer erheblichen Steigerung der Ausfälle für die kommenden Jahre gerechnet werden. Bei Erörterung der Ausfälle wird auch auf die Ersparnismöglichkeiten eingegangen, die sich der Reichsbahn an ihren Betriebsausgaben infolge der Abwanderung bieten, sowie auf den Zubringernutzen, der ihr vom Kraftwagenverkehr zuteil wird. Die vielfach verbreitete Meinung, daß die Reichsbahn von der Entwicklung der Automobilindustrie und der Ausbreitung des Kraftwagenverkehrs unmittelbar und mittelbar so große Vorteile habe, daß dadurch die Ausfälle ausgeglichen würden, wird widerlegt. Sodann wird auf die Bedeutung eingegangen, die den Ausfällen für die Finanzlage der Deutschen Reichsbahn trotz des gegen früher auch noch in den letzten Jahren gestiegenen Gesamtverkehrs und trotz der mit Hilfe von Tariferhöhungen gesteigerten Gesamteinnahmen zukommt. Dabei wird dargelegt, daß die Reichsbahn zur Zeit über ihre unmittelbaren Betriebsausgaben und über die für Abschreibungen aufzuwendenden Beträge hinaus eine Belastung in Höhe von jährlich über 1,4 Milliarden RM. trägt. Die entsprechende Belastung der deutschen Länderbahnen in 1913 wird damit zur Zeit um ungefähr 570 Millionen Mark im Jahre übertroffen.

Im 2. Kapitel über das „Kostenproblem" wird zunächst auf die Frage des Selbstkostenvergleichs eingegangen. Die Schrift setzt sich hier mit zahlreichen Irrtümern auseinander, denen man in dieser Frage begegnet. Die Grenzen der Möglichkeit, mit Hilfe des Kraftwagens den Verkehr zu rationalisieren, werden aufgezeigt. Anschließend wird in einem Abschnitt „Verkehrsverbilligung aus Mitteln der Allgemeinheit" dargelegt, in welch ungeheurem Ausmaß der Kraftwagenverkehr heute auf Kosten der Allgemeinheit verbilligt wird. Allein an den Straßenkosten macht die Begünstigung zur Zeit jährlich eine ½ Milliarde Reichsmark aus. Die Auffassung, daß auch die Reichsbahn eine Verbilligung ihrer Selbstkosten aus öffentlichen Mitteln in Anspruch nehme, wird als irrtümlich nachgewiesen.

Im Schlußabschnitt des 2. Kapitels wird auf die Anteilnahme der beiden Verkehrsarten — Reichsbahnschienenweg und Kraftwagenverkehr — an der „Aufbringung der öffentlichen Lasten" eingegangen. Zahlenmäßig wird dargetan, daß im Durchschnitt der Fälle der Reichsbahnschienenverkehr zur Zeit in Höhe von rund 28 Proz. belastet ist, daß dagegen der Kraftwagenverkehr höchstens eine Belastung von 3 Prozent trägt, in sehr vielen Fällen aber überhaupt nicht für Zwecke der Allgemeinheit besteuert ist. Es wird die Forderung erhoben, daß beide Verkehrsarten hinsichtlich der Selbstkosten und der Aufbringung der öffentlichen Lasten einander angeglichen werden.

Im 3. Kapitel werden „die Möglichkeiten einer volkswirtschaftlich gesunden Verkehrsteilung" untersucht. Die einzelnen Arten des Kraftwagenverkehrs sind dabei gesondert behandelt. Den Verkehr der Privatpersonenkraftwagen anerkennt die Reichsbahn als eine im Vergleich zur Schienenbeförderung individuellere Verkehrsbedienung, die sie nicht bekämpfen will. Sie steht aber auf dem Standpunkt, daß es ungerecht und sozial- und wirtschaftspolitisch falsch ist, eine Verkehrsart, die fast ausschließlich von wirtschaftlich Leistungsfähigeren in Anspruch genommen wird, gegenüber dem auf dem Schienenweg der Reichsbahn bedienten Personenverkehr, in dem fest der gesamte Reiseverkehr der breiten Masse enthalten ist, steuerlich zu begünstigen.

Für den Kraftomnibusverkehr wird nachgewiesen, daß er nicht als eine Verkehrsart für sich, sondern als ein Teil des gesamten großen öffentlich und gewerbsmäßig bedienten Ueberlandverkehrs angesehen werden muß. Die bisherige Entwicklung hat infolge verschiedener, insbesondere mit der Konzessionsgesetzgebung zusammenhängender Umstände, zu einer erheblichen Zersplitterung im Kraftwagenverkehr und zu einem schädlichen Wettbewerb gegen die Eisenbahnen geführt. Sie hat trotz hoher Aufwendungen den abgelegenen Orten und Gegenden nicht in dem erwünschten Umfang Verkehrsverbesserungen gebracht. Es wird der Schluß gezogen, daß der Kraftomnibusverkehr im Interesse der Allgemeinheit in der Hand des Reichs vereinheitlicht werden muß, und daß zu diesem Zwecke auch die Konzessionsgesetzgebung einer Aenderung bedarf. Das Abkommen Reichsbahn—Reichspost in der heutigen Gestalt soll nach der Absicht der Reichsbahn eine erste Stufe für die anzustrebende, auch im Interesse der Reichsfinanzen gelegene Vereinheitlichung sein.

Bei der Erörterung des Lastkraftwagenverkehrs befaßt sich die Schrift zunächst mit den Wirkungen der Lastkraftwagenverwendung im rein örtlichen Verkehr. Es wird dabei dargelegt, daß auch dieser Kraftwagenverkehr für die Reichsbahn mit schädlichen Folgen verbunden ist. Er führt zu einer weiteren Zersplitterung des örtlichen Fuhrgeschäfts und verteuert auf diese Weise die Kosten des Abfertigungsdienstes, insbesondere auf den großen Reichsbahngüterstellen. Vor allem aber gibt er auch vielfach durch eine Verteuerung der örtlichen Rollfuhr den Verkehrtreibenden und Spediteuren mit Veranlassung zur Inanspruchnahme des Kraftwagens im Fernverkehr. Diese Entwicklung macht für die Reichsbahn die Frage einer stärkeren eigenen Betätigung im örtlichen Rollfuhrdienst, von der sie sich bisher vorzugsweise mit Rücksicht auf die privaten Spediteure und Fuhrwerksbesitzer zurückgehalten hat, immer dringlicher.

Für den Ueberlandverkehr anerkennt die Reichsbahn den Lastkraftwagen als einen verkehrswirtschaftlichen Fortschritt, wo der Kraftwagen durch seine technische Eigenart und die Vorteile, die sich aus dieser für die Verkehrsbedienung bieten, den Verkehr an sich zieht. Sie lehnt ihn aber als volkswirtschaftlich ungesund und schädlich ab, wo er nur das Mittel ist, mit dem der einzelne aus einer künstlichen Verbilligung der Selbstkosten, aus der ungleichen Belastung der beiden Verkehrsarten für öffentliche Zwecke und aus dem nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebauten Gütertarifsystem der Reichsbahn Sondervorteile zieht, die mit einer Schädigung der Allgemeinheit verbunden sind. Aus diesem Grunde wird der auf Preisunterbietung beruhende Lastkraftwagenwettbewerb in den Fernbeziehungen von der Reichsbahn entschieden bekämpft. Es werden mit eingehenden Ausführungen alle Gefahren aufgezeigt, die sich aus der gegenwärtigen Lage, wenn sie fortbesteht, nicht nur für das Reichsbahnunternehmen und die Finanzlage des Reiches, sondern vor allem auch für die gesamte deutsche Wirtschaft ergeben.

Bei Erörterung der Möglichkeiten einer Problemlösung im Güterverkehr wird dargelegt, warum bei der gegenwärtigen Rechtslage Abmachungen zwischen Reichsbahn und den am Kraftwagenverkehr beteiligten Unternehmungen wirkungslos sein müssen. Es wird weiter eingegangen auf die Möglichkeiten, den Kraftwagen im Dienste der Reichsbahn, sei es zur Wettbewerbsabwehr, sei es zur Vergrößerung des Verkehrsbesitzes oder für eine Rationalisierung des Betriebes, zu verwenden. Dabei wird nachgewiesen, daß solche Möglichkeiten zwar bestehen, daß sie sich aber in wesentlich engeren Grenzen halten, als vielfach angenommen wird, und daß mit Hilfe des Kraftwageneinsatzes niemals das Problem gelöst werden kann, das sich für die Reichsbahn aus dem auf Unterbietung der Tarife beruhenden Preiswettbewerb des Kraftwagens ergibt.

In dem nächsten Abschnitt wird die Auseinandersetzung zwischen beiden Verkehrsarten durch gegenseitigen Wettstreit behandelt. Hier werden die in der Oeffentlichkeit in der letzten Zeit viel besprochenen K-Tarife als die einzige Maßnahme dargelegt, die der Reichsbahn zur Zeit für eine wirksame und noch wirtschaftliche Abwehr gegenüber dem ungesunden Kraftwagenwettbewerb zur Verfügung steht. Der von manchen Seiten empfohlene Umbau des Normaltarifs zum Zwecke seiner Anpassung an die Wettbewerbslage ist nicht durchführbar, ohne die Finanzlage der Reichsbahn noch stärker zu gefährden und die Wirtschaft den schwersten Erschütterungen auszusetzen. Abfertigungs-, beförderungs- und betriebsdienstliche Maßnahmen für sich allein führen einem auf Preisunterbietung beruhenden Wettbewerb gegenüber ebensowenig zum Ziel, wie die Einführung von Behälterverkehren, von Haustarifen oder Maßnahmen, die sich nur auf den Rollfuhrdienst erstrecken.

Im Schlußabschnitt wird dargelegt, daß eine Verschärfung der Konzessionsgesetzgebung unvermeidlich ist, wenn man den gegenseitigen Wettstreit der beiden Verkehrsarten im Hinblick darauf, daß er die Beförderungspreise weitgehend individualisiert, überwiegend als nachteilig für die Wirtschaft ansieht. Zum Schutze der Eisenbahnen und auch zum Schutze der Allgemeinheit müßte jede Lastkraftwagenleistung, die für Dritte gegen ein Entgelt irgendwelcher Art im weiteren Ueberlandverkehr ausgeführt wird, einer Konzessionspflicht unterworfen werden. Auch dürfte kein solcher Kraftwagenverkehr im Wettbewerb zur Schiene zugelassen werden, der die Gütertarife der Reichsbahn an den Unterwegsfrachten unterbietet. Der eigentliche und echte Werkverkehr, d. h. der Kraftwagenverkehr der Unternehmungen für Zwecke ihres eigenen Betriebes einschließlich des Absatzes bei der Kundschaft, würde von der Gesetzgebung unberührt bleiben können, vorausgesetzt, daß auch er, wie jeglicher Kraftwagenverkehr, hinsichtlich der Selbstkosten und der Beteiligung an den öffentlichen Lasten dem Schienenweg gleichgestellt wird.

Deutschland braucht Kolonialmandate.

Deutsch-Ostafrika als englisches Mandatgebiet.

Im Rahmen der Auslandsstudien an der Universität Berlin sprach Gouverneur z. D. Dr. Schnee, M. d. R., über Deutsch-Ostafrika als englisches Mandatgebiet. Gegenwärtig beträgt der Handel Ostafrikas etwa das Einzweidrittelfache des Handels im letzten Jahr vor dem Kriege, während sich in den letzten zehn Jahren der deutschen Herrschaft von 1903 bis 1913 der Handel verfünffacht hat. Die weiße Bevölkerung hat, nachdem seit Aufhebung der Einreiseverbote im Juni 1925 eine erhebliche Anzahl Deutscher wieder eingewandert ist, mit rund 6000 Köpfen ungefähr wieder dieselbe Zahl erreicht wie vor dem Kriege. Dagegen unterscheidet sich der Zustand des Landes bezüglich der Verbreitung der Seuchen äußerst unvorteilhaft von dem Stande unter deutscher Herrschaft. Insbesondere hat sich die furchtbare Schlafkrankheit, die von uns mit großem Erfolg bekämpft wurde, unter der Mandatverwaltung weit mehr ausgebreitet. Im Interesse der schwer gefährdeten, in manchen Gegenden mit Vernichtung bedrohten Eingeborenen muß gefordert werden, daß der zur Aufsicht über die Mandatverwaltung berufene Völkerbundrat auf der Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung der Schlafkrankheit und anderer Seuchen besteht, wobei zur Ergänzung des unzureichenden englischen Sanitätspersonals erfahrene deutsche Ärzte und Bakterialogen herangezogen werden sollten.

Weiter ging der Vortragende auf die englischen Bestrebungen zum Zusammenschluß des Mandatgebiets mit den angrenzenden englischen Kolonien ein. Er bezeichnete die Vorschläge des Hilton-Young-Berichtes wie des Wilson-Berichtes als im schärfsten Widerspruch stehend zum Mandatsystem. Die Reichsregierung habe dazu wiederholt im Reichstag erklärt, daß sie sich einer Änderung des Mandatsystems auf das entschiedenste widersetzen werde. Eine der letzten Handlungen des verstorbenen Reichsaußenministers Stresemann sei sein Protest gegen eine Verschmelzung des ostafrikanischen Mandatgebietes mit den benachbarten englischen Kolonien auf der Tagung des Völkerbundrats in Genf im September 1929 gewesen. Damals habe Außenminister Henderson zugesagt, daß die englische Regierung vor endgültigen Maßnahmen

Der Vertrag legt nach dahin kennzeichnen, daß er in allen wesentlichen Punkten dem Muster der bisher abgeschlossenen Verträge dieser Art folgt

Einstellung der Liquidierung des österreichischen Eigentums.

Die italienische Regierung hat die Einstellung der Liquidierung des österreichischen Eigentums verfügt. Nach dem Haager Übereinkommen hätte die Liquidierung des österreichischen Eigentums mit der Ratifizierung des Übereinkommens außer Kraft treten sollen, doch hat die italienische Regierung einem Wunsche der österreichischen Regierung entsprechend, die sofortige Einstellung der Liquidierung angeordnet.

Das U-Boot als Angriffsmittel.

Die Rede Alexanders auf der Flottenkonferenz.

Der Erste Lord der Admiralität, Alexander, erklärte u. a. in seiner Rede, mit der er in der heutigen Plenarsitzung der Seemächtekonferenz die Erörterung über die Unterseebootsfrage einleitete, er betrachte es als eine schwere Verantwortung, einen Vorschlag zur Erörterung zu stellen, die Unterseeboote für die Zwecke des Krieges vollkommen abzuschaffen. Eine Wiederholung der Ereignisse des Weltkrieges müßte verhindert werden. Im weiteren Verlauf seiner Rede suchte Alexander an Hand der Erfahrungen im Weltkriege die These zu widerlegen, daß die Unterseeboote nur Verteidigungsschiffe seien, und betonte, daß sie zum großen Teil für Angriffszwecke gebraucht wurden. Es werde vielleicht gesagt werden, daß der britische Vorschlag von besonderem Nutzen für England sei. Er wolle die Bedeutung dieser Frage für England nicht verkleinern, aber er erinnere daran, daß die anderen Mächte ebenfalls schwere Verluste erfahren hätten, insgesamt über zwei Millionen Tonnen.

Das Begräbnis der U-Boot-Frage.

Frankreichs Furcht vor deutschen Kreuzern.

Der Verlauf der Vollsitzung der Flottenkonferenz hat keine Überraschung gebracht. Da Frankreich und Japan an ihrem Standpunkt unbedingt festhalten, ist von der gegenwärtigen Konferenz eine Abschaffung der Unterseeboote, wie sie von England und Amerika befürwortet wird, nicht zu erwarten. Es ist nur mit einem Kompromiß in Gestalt eines Abkommens gegen einen „unmenschlichen U-Boot-Krieg" und vielleicht mit einer gewissen Einschränkung der Zahl und der Größe der Unterseeboote zu rechnen. Das Bedauern über dieses für England sehr unbefriedigende Ergebnis kommt in der Presse allgemein zum Ausdruck.

Die Haltung der französischen Abordnung findet in der großen Pariser Presse ein einstimmiges Lob. Diese veröffentlicht einen ungefähren Inhalt der französischen Denkschrift, die Tardieu dem englischen Ministerpräsidenten überreichte. Darin soll Frankreich die Verpflichtung übernommen haben, bis Ende 1936 724 000 Tonnen nicht zu überschreiten. Da die französische Flotte aber im Augenblick bereits 660 000 Tonnen betrage, werde das Flottenbauprogramm wesentlich verlangsamt werden. Im Beginn werde Frankreich jährlich 40 000 Tonnen bauen, die sowohl als Ersatz für alte Schiffe als auch für Neubauten zu gelten haben; denn man müsse auch daran denken, große Linienschiffe zu bauen, um im gegebenen Fall den deutschen Kreuzern gegenübertreten zu können.

Die Söhne des Diktators.

Tätliche Beleidigung eines Generals.

Aus Madrid wird gemeldet, daß die beiden Söhne des Generals Primo de Rivera in ein Café, in dem sich General Queito de Llanos gefand, eingedrungen seien, sich auf den General gestürzt und ihn mehrmals geschlagen hätten. General Queito de Llanos habe sich gewehrt und einen der Söhne Primo de Riveras leicht im Gesicht verletzt. Die Söhne Primo de Riveras seien nach diesem Zwischenfall nach Hause zurückgekehrt. Die Zeugen dieser Szene hätten durch laute Rufe ihrer Mißbilligung dieser Tat Ausdruck gegeben.

Von Raiffeisen zum Einheitsverband.

Letzte Sitzung der „Raiffeisen-Genossenschaften e. V.".

Der Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften e. V. hielt unter dem Vorsitz seines Vorsitzenden, Regierungspräsident z. D. Frhr. von Braun, am Mittwoch seine letzte Tagung vor der am 13. Februar stattfindenden Einigung des gesamten deutschen ländlichen Genossenschaftswesens ab. Alle genossenschaftlichen Verbände treten nunmehr zu dem „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V." zusammen. Gleichzeitig ist die Verschmelzung der Provinzial- und Landesverbände, der Waren- und Geldanstalten, zum größten Teil durchgeführt. Den letzten Geschäftsbericht erstattete Direktor Schmidt. Im Hinblick auf die Gründung des Einheitsverbandes gab er dem Gelöbnis Ausdruck, daß die Raiffeisen-Leute auch gute Einheitsverbändler sein werden. Pfarrer Meyenschein hielt sodann einen die Geschichte des Namens „Raiffeisen" würdigenden Vortrag

Das Wort „Raiffeisen" bezeichne ein Dreifaches: einen Mann, ein Werk und für Hunderttausende deutsche Männer und Frauen eine Gesinnung. In dieser dreifachen Bedeutung solle „Raiffeisen" nicht nur als Name in die Firma, sondern seinem ganzen Wesen nach in den neuen Einheitsverband eingebracht werden.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 13. Februar 1930.

Weltflucht.

Vor kurzem las man, daß zwei Menschen mitten aus dem Zivilisationszentrum einer Weltstadt sich auf eine unbewohnte Insel im Weltmeer geflüchtet haben, „des Treibens müde" und ruheheischend nach dem lauten Lärm der Welt, der sie entronnen waren. Der Ruf der Einsamkeit mag sie gelockt, mag sie zur Flucht aus der Öffentlichkeit veranlaßt haben. Der Ruf der Einsamkeit! Wem wäre er nicht schon einmal ans Ohr geklungen, wer hätte sich in Stunden der Verzagtheit und des Verdrusses nicht schon einmal gesagt: „Wirf ab, was dich plagt, laß diese Welt mit ihren Täuschungen und Enttäuschungen hinter dir und rette dich an den Busen der Mutter Natur, um fernab von den Menschen wieder — Mensch zu werden!" Fast jeder von uns hat solche „Zustände" einmal erlebt, fast jedem von uns wird irgendeinmal alles, was ihn umgibt, so zur Last, daß ihn „der Menschheit ganzer Jammer umfaßt", daß er von diesem und jenem nichts mehr sehen, nichts mehr hören will, daß er allein sein möchte, mutterseelenallein. Für Menschen ohne innere „Hemmungen" genügt nicht selten ein geringfügiger Anlaß, um sie in eine Einsamkeit zu treiben, aus der es keine Rückkehr zur Weltfreude mehr gibt. In Augenblicken, in denen das seelische Gleichgewicht ins Wanken gerät, lockt die Einsamkeit als die Trösterin, die „alles Leid und Schmerzen stillet". Jeder weiß, daß es Zeiten gegeben hat, in denen Weltschmerz und Weltflucht Modekrankheiten waren, in denen jeder eine „Werthernatur" sein wollte, in denen man sich empfindsam der Einsamkeit ergab. Aber „wer sich der Einsamkeit ergibt, ist bald allein", und es ist ein Glück, daß wir Heutigen im allgemeinen seelisch robuster und widerstandsfähiger sind gegen die kleinen und größeren Nackenschläge, durch die sich frühere Geschlechter aus den Angeln der Umwelt heben ließen. Man soll niemals über das Ziel hinausschießen. Einsamkeit ist gut, unter gewissen Verhältnissen ganz bestimmt! Aber der Welt, und mag sie noch so schnöde sein, ganz den Rücken kehren und die Weltflucht „zum Prinzip erheben" — nein, das sollte man denn doch nicht! Um mitzukämpfen, sind wir in die Welt gesetzt, und keiner sollte vor der Zeit die Waffen niederlegen und fahnenflüchtig werden!

—* **Der deutsche Ehrenfriedhof Bauvin.** Die Ausgestaltung der deutschen Kriegsgräberstätten in Frankreich durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge schreitet rüstig vorwärts. Während die an 62 meist großen Sammelfriedhöfen in Angriff genommenen Arbeiten im Jahre 1930 fortgeführt werden, sind im Bauprogramm 1930 auch eine Reihe weiterer Friedhöfe für den Ausbau vorgesehen. Der deutsche Ehrenfriedhof Bauvin, der in der Nähe von Lille liegt, soll nun ebenfalls würdig ausgebaut werden. Baumanpflanzungen sind zwar schon vorgenommen, jedoch mußte der durchgreifende Ausbau dieser Anlage noch zurückgestellt werden. Neuerdings sind die Vereine des Ref.-Inf.-Regt. 64 bemüht, Mittel für den Friedhof Bauvin aufzubringen, sodaß daran gedacht werden kann, einen weiteren Teil der Arbeiten zu vergeben, Der Ausgestaltungsplan sieht zunächst die einheitliche Gestaltung und Zusammenfassung der aus drei Teilen bestehenden Anlage vor. Zu diesem Zweck wird der Mittelteil zu einem großen, ruhigen, von doppelten Baumreihen umfaßten Raum umgestaltet. Die übrigen Teile erhalten starke Baumeinrahmungen, die das quadratische Mittelfeld an drei Seiten abschließen. In der Mitte dieses Feldes ist ein runder Ehrenraum vorgesehen, der von zwei Reihen Pyramidenpappeln umstanden ist und mit Steinquadern belegt wird. Hier soll später ein schlichter Gedenkstein errichtet werden. Nach der Straße zu soll eine 10 Meter lange und 1 m hohe Mauer aus Pouksenursandstein errichtet werden, die sich dann an die um den Friedhof angelegte Wildrosenhecke anschließt. In der Mitte der Mauer wird ein einfaches schmiedeeisernes Tor mit dem Zeichen des Volksbundes — den 5 Kreuzen — eingebaut. Wenn genügend Mittel zur Verfügung stehen, sollen die Hauptwege des Friedhofes noch mit Platten belegt und somit befestigt werden. Ausführlich berichtet die Februarnummer der Kriegsgräberfürsorge über diesen deutschen Heldenfriedhof. Probenummern sind von der Bezirksverbandsgeschäftsstelle in Gelsenkirchen, Hüttenstr. 43 1, Telefon S.-A. 23791, gratis zu beziehen. Der Bezugspreis für das ganze Jahr beträgt 2 RM.

Am 16. März, Sonntag „Reminiscere", feiern wir wiederum den Volkstrauertag. Möge das deutsche Volk nicht nur durch eine rege Beteiligung an den Gedächtnisfeiern im ganzen Lande beweisen, daß es seine Toten nicht vergessen hat, sondern möge es auch daran denken, daß fast zwei Millionen deutsche Söhne im Auslande bestattet sind. Die würdige und dauerhafte Herrichtung ihrer Ruhestätten durch die Heimat soll vor aller Welt Zeugnis von der Liebe und Treue des deutschen Volkes ablegen. Die Ortsgruppen des Volksbundes veranstalten überall auf den Ehrenfriedhöfen der Heimat Gedächtnisfeiern unter Teilnahme der Behörden, Vereine und der ganzen Bevölkerung, die mit dem Glockengeläute in allen deutschen Gauen um 13 Uhr und der Kranzniederlegung ihren Abschluß finden.

Halver

—:= **Jahreshauptversammlung des D. H. V.** Die Ortsgruppe Halver des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hielt am 5. d. M. im Vereinslokal Lückmann ihre diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Dieselbe war recht zahlreich besucht und wurde vom 1. Vorsitzenden um 8½ Uhr eröffnet. Nach Begrüßung erstattete der Schriftführer den Jahresbericht, an Hand dessen jeder die guten Fortschritte der hiesigen Ortsgruppe feststellen konnte. Der Kassenbericht ergab unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben am 1. Januar 1930 einen Bestand von RM. 54,01, außerdem weist das Sparkonto bei der Goldmarksparkasse des DHV. ein Guthaben von RM. 49,19 auf. Alsdann äußerten sich die Rechnungsprüfer kurz über die korrekte Kassenführung, worauf dem Kassierer unter Worten des Dankes die beantragte Entlastung erteilt wurde. Der Vorstand ist mit einigen kleinen Ergänzungen einstimmig wiedergewählt worden. Nachdem noch einige wichtige Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, u. a. wurde beschlossen, wie im vergangenen, so auch in diesem Jahre einige größere Industrieunternehmungen zu besichtigen, schloß der 1. Vorsitzende um 10½ Uhr mit einem „Heil" die Versammlung.

Schalksmühle

—:: Im **Apollo-Theater** gelangen am kommenden Samstag und Sonntag wieder zwei Großfilme bekannter Güte zur Aufführung. **„Gaunerliebchen"** betitelt sich der erste Film. Eine sensationelle Handlung mit kriminalistischen Errungenschaften, die sich in Wien zutragen. Das eigentliche Wiener Leben und Treiben sehen wir in dem zweiten großen Filmwerk **„Das tanzende Wien" — an der** schönen blauen Donau — 2. Teil. Komik, Liebe und reges Treiben wechseln in bunter Reihenfolge miteinander und kann jedem Besucher der Besuch wärmstens empfohlen werden. Die Vorstellungen beginnen Samstag abend 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr. Die letzte vollständige Abendvorstellung punkt 8 Uhr.

—x Ein **Verkehrsunfall** ereignete sich am Dienstag hier gegen Abend. Das ca. 8jährige Söhnchen des Fabrikanten K. F. kam das kleine Verbindungstreppchen bei der Einmündung der Bergstraße in die Hälverstraße herunter, als in demselben Moment auch ein Schnellastwagen von der Bergstraße in die Hälverstraße bog. Der Junge wurde von dem Kotflügel des Wagens umgestoßen und kam so unter die Räder. Obwohl der Wagenführer sofort stoppte war es jedoch leider zu spät. Ein Unterschenkelbruch des Jungen war die Folge und die sofortige Ueberführung ins Lüdenscheider Krankenhaus auf Anordnung von Dr. Feldermann, der den ersten Verband anlegte.

Kierspe

—s **Märkische Lichtspiele.** Nachdem die aus der letzten Vorführung gezeigten Filme noch in bester Erinnerung sind, ist es der Leitung der Märkischen Lichtspiele gelungen, für den Spielplan am kommenden Samstag und Sonntag wiederum einige hervorragend gute Filmwerke zu erstehen. Zunächst läuft **„Seine stärkste Waffe"**, in dem Harry Piel in weit höherem Maße als sonst den Humor hat zu seinem Rechte kommen lassen. Das Motorrad ehrwürdigen Alters, das er als Fortbewegungsmittel sowie als Kraftspender für die von ihm erfundene elektrische Lampe benutzt, ist für die Zuschauer eine Quelle ungetrübter Heiterkeit. Daß es dabei auch atemberaubende Sensationen gibt, ist bei einem Harry-Piel selbstverständlich. Erläuternd erwähnt sei noch, daß Harry Piel bei den Aufnahmen dieses Filmes gelegentlich einer waghalsigen Motorrad-Sensation einen schweren Unfall gehabt hat, der ihm fast das Leben gekostet hätte. — Um der Karnevalsstimmung Rechnung zu tragen, läßt man sodann den Film **„Und abends ins Maxim"** über die Leinwand laufen. Das Maxim ist bekanntlich das beliebteste Bummel-Lokal der Pariser Lebewelt. Und der jetzige Film hat seinen Stoff dieser Quelle entnommen. Wir erleben den Betrieb in diesem Vergnügungslokal, als ob man selbst mit dabei wäre. Wer daher den Jammer des Alltags auf einige Stunden vergessen will, der — „gehe ins Maxim" am Samstag oder Sonntag. Die beliebte Wochenschau wird dort auch wieder gezeigt.

Meinerzhagen, 12. Febr. Feuer. Das Haus des Landwirts Theodor Busch in Wilkenberg bei Valbert wurde ein Raub der Flammen. Kurz nach 12 Uhr wurde das Feuer entdeckt und die Valberter Feuerwehr alarmiert. Da das Feuer an den Futtervorräten reichliche Nahrung fand und schnell um sich griff, wurden noch die Wehren Pütthof und Hunswinkel herangezogen, um die stark gefährdeten Nachbarhäuser zu schützen. Vieh und Inventar konnten gerettet werden, jedoch brannte das Haus bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden ist für den Besitzer sehr empfindlich, da die Versicherung zu niedrig abgeschlossen war.

Breckerfeld, 12. Febr. Kohlengasbetäubung. Nachts ist die Familie des Arbeiters Sch. durch das plötzliche Rufen ihres Söhnchens vor einer Kohlengasvergiftung bewahrt geblieben. Sämtliche Familienangehörige sowie ein nebenan schlafendes Fräulein waren schon so betäubt, daß sie zu Boden fielen und nicht mehr fähig waren, die Fenster oder Tür zu öffnen. Bei sämtlichen 5 Personen stellte sich Erbrechen ein, worauf dann Linderung eintrat. Die Ursache soll ein defekter Ofen sein. Die Betreffenden fühlten sich am nächsten Tage noch recht schwach, doch ist die Gefahr behoben.

Recklinghausen, 12. Febr. Fünf Generationen feiern Urgroßmutters Geburtstag. Im Stadtteil Suderwich beging die Witwe Kalke unter Anteilnahme der Familie und weiter Kreise der Bürgerschaft ihren 95. Geburtstag. Mit Geschenken und herzlichen Glückwünschen fanden sich Vertreter der Pfarrgeistlichkeit, des städtischen Wohlfahrtsamtes und des Vaterländischen Frauenvereins bei dem greisen Geburtstagskinde ein. Sie hatte die große Freude, ihre 70jährige Tochter, ihre Enkelin, Urenkelin und Ururenkelin um sich versammelt zu sehen, so daß fünf lebende Generationen beisammen waren. Witwe Kalke hat 6 Kinder gehabt, sie ist 49 mal Großmutter und 55 mal Urgroßmutter geworden.

Witten, 12. Febr. Das Schlittschuhlaufen hat hier zwei Todesopfer gefordert. Zwei Kinder vergnügten sich auf einem Teiche mit Schlittschuhlaufen und hatten dabei außer acht gelassen, daß die Eisdecke noch nicht stark genug war, um eine so schwere Belastung ertragen zu können. Beide Kinder brachen plötzlich ein und ertranken, ehe Hilfe gebracht werden konnte. Die Leichen konnten geborgen werden.

Dortmund, 12. Febr. Die Stadtverwaltung beabsichtigt von Westhofen zum Hengsteysee einen Wanderweg der Ruhr entlang anzulegen. Diese Arbeiten sind deshalb besonders schwierig, weil große Felspartien zu beseitigen sind. Sie sollen begonnen werden, sobald die Verhandlungen über die Finanzierung zwischen Dortmund und dem interessierten Landkreis Iserlohn zu einem Erfolg geführt haben.

Herne, 12. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Untertagebetrieb einer hiesigen Zechenanlage, in deren 4. Flöz die Hauer Otto Arend und Willi Lühmann sowie ein jugendlicher Schlepper mit dem Abbau eines Strebes beschäftigt waren, das zusammenbrach. Die beiden Hauer wurden von den hinabbrechenden Gesteinsmassen verschüttet, während der Schlepper sich in Sicherheit bringen konnte. Beide Hauer konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Herford, 12. Febr. Großfeuer. Hier wurden die Lackiererei, die Anstreicherei, die Fahrradabteilung und Tischlerei der Firma Gebrüder Landwehr durch einen plötzlich ausbrechenden Brand vollkommen eingeäschert. Die Flammen breiteten sich sehr schnell aus. Die Feuerwehr mußte sich lediglich auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken. Der entstandene Schaden ist sehr groß. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts bekannt.

Bonn, 12. Febr. Ein monumentales Beethoven-Denkmal am Rhein. Eine dem Bildhauer Freuer nahestehende Berliner Künstlergruppe befaßt sich zurzeit mit dem Gedanken, ein monumentales Denkmal zur Ehrung Beethovens am Rhein zu errichten. Ein Aufruf, der in den nächsten Tagen der Oeffentlichkeit übergeben werden wird, ist von namhaften deutschen Künstlern, u. a. von der Ehrenbürgerin der Stadt Bonn, der Beethovenspielerin Elly Ney unterzeichnet. Nachdem der Plan, das Denkmal auf einer der Höhen des Siebengebirges zu errichten, fallen gelassen werden mußte, da das Siebengebirge Naturschutzgebiet ist, wurde jetzt eine Waldeinbuchtung am früheren Bonner Exerzierplatz auf dem Höhenwege nach Godesberg in Aussicht genommen. Das Denkmal soll aus Sammlungen aus der ganzen Welt, vor allem aus Amerika, errichtet werden.

Nah und Fern

○ **Drei Todesopfer bei einem Bauunglück.** Auf dem Neubau, den die Warenhausfirma Karstadt in Berlin-Weißensee errichten läßt, stürzte die Kellerdecke in einer Ausdehnung von etwa 16 Quadratmetern ein und begrub die Rohrleger und Zimmerleute, die im Keller arbeiteten, unter ihren Trümmern. Dabei wurden drei Personen auf der Stelle getötet, drei andere verletzt. Die eingestürzte Kellerdecke war durch das Aufstapeln gefüllter Zementsäcke übermäßig belastet worden.

○ **Verhängnisvolles Motorradunglück.** Auf der Chaussee im Thyratal bei Stolberg am Harz stieß ein Motorrad mit einem Lastwagen der Schwerspathütte zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Führer des Motorrades, der Reisende Rustler, und sein Sozius, der Angestellte Hempel, beide aus Stolberg, so schwer verletzt, daß beide im Krankenhaus ihren Verletzungen erlagen.

○ **Ein Kuxhavener Fischdampfer mit 13 Mann überfällig.** Von dem Kuxhavener Fischdampfer „Senator Sander", der mit 13 Mann Besatzung am 29. Dezember vorigen Jahres Kuxhaven verlassen hat, fehlt jede Nachricht. Der Dampfer ist zuletzt vor etwa drei Wochen von einem britischen Schiff gesichtet worden. Man befürchtet, daß er in den schweren Stürmen bei Island untergegangen ist.

⊙ **Aus dem Flugzeug gestürzt.** Ein Unglücksfall, der an den Tod des belgischen Bankiers Löwenstein erinnert, ereignete sich in der Nähe des Flugplatzes Le Bourget. Ein französischer Militärflieger hatte einen Bekannten zu einem Spazierflug eingeladen und beide starteten in einem Jagdeindecker und legten einige Runden zurück. Als das Flugzeug gelandet war, bemerkte der Führer zu seinem Schrecken, daß sein Begleiter nicht mehr auf seinem Sitze

saß. Erst nach eifrigem Suchen fand man den Unglücklichen tot in einem Garten in der Nähe des Flugfeldes auf. Man nimmt an, daß er bei einer scharfen Kurve aus dem Apparat gestürzt ist

⊙ **Von einer Buche erschlagen.** Während eines heftigen Sturmes wurde in der Nähe der Gemeinde Izvor Huta in der Tschechoslowakei eine starke Buche entwurzelt. Sie stürzte auf eine Waldhütte, in der sich vier Waldarbeiter, vier Brüder, befanden. Zwei wurden auf der Stelle getötet, der dritte erlitt infolge der Zerstörung des Feuerherdes so schwere Brandwunden, daß er kurz darauf verschied. Der vierte Bruder wurde schwer verletzt.

⊙ **Alkoholschmugglerkampf an der amerikanisch-mexikanischen Grenze.** Zwischen mexikanischen Alkoholschmugglern und amerikanischer Grenzpolizei kam es zu einem schweren Kampf. Die Schmuggler hatten den Versuch gemacht, eine Ladung Likör über den Rio Grande zu schaffen. Hierbei wurden sie von Land aus unterstützt durch mexikanische Scharfschützen, die sich erst zurückzogen, als die Schmuggler vor der Überlegenheit der amerikanischen Polizei zurückgehen mußten. Die Zahl der Verletzten auf beiden Seiten soll sehr groß sein.

Bunte Tageschronik

Dresden. Von einem Auto überfahren und getötet wurden hier ein zwölfjähriges Mädchen und ein neun Monate alter Knabe. Das Mädchen soll mit dem Kinde in das Auto hineingelaufen sein

Gadebusch. In Goldensee sind zwei zehnjährige Knaben, die sich auf das Eis begeben und in der Dunkelheit zu weit hinausgewagt hatten, auf dem dünnen Eise eingebrochen und ertrunken

Kronach. In Höfles sind durch Feuer drei Wohnhäuser und sieben Scheunen und Stallungen vernichtet worden. Es ist viel Kleinvieh mitverbrannt.

Der Teilstreik bei Opel.

200 Mann versuchen 8000 zu terrorisieren.

Zu den Streikversuchen bei den Opel-Werken werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: Die Opel-Werke haben am Dienstag drei Arbeiter entlassen, die seit Wochen als besonders starke Unruhestifter und kommunistische Propagandisten bekannt waren und allgemeine Unzufriedenheit in die Belegschaft tragen wollten. Am Mittwoch vormittag sind daraufhin 200 kommunistische Arbeiter in den Sympathiestreik getreten. Aus Frankfurt am Main kam gleichzeitig der Landtagsabgeordnete Oskar Müller, der aus den Unruhen in Frankfurt und Worms bekannt ist, mit fünf Kommunisten in Rüsselsheim an und versuchte, mit dem streikenden Teile die Belegschaft

von den Maschinen wegzuholen

und den Streik auf das gesamte Werk auszudehnen. Die Belegschaft, die heute etwa 8000 Mann beträgt, weigerte sich, der kommunistischen Parole auf Arbeitsniederlegung zu folgen, so daß der Streik auf die 200 Mann beschränkt bleibt. Während der Mittagszeit wurde die hessische Landespolizei aus Darmstadt benachrichtigt, die das Fabrikgebäude planmäßig umstellte und acht der Eindringlinge verhaftete, darunter den hessischen Landtagsabgeordneten Sumpf. Der preußische Landtagsabgeordnete Müller wurde nach längerer Verfolgung bei der

Flucht über die Fabrikmauer

ebenfalls festgenommen. Verhandlungen wegen Wiedereinstellung der drei entlassenen Arbeiter wurden abgebrochen, da sich die Direktion der Opel-Werke weigerte, die Leute wieder einzustellen. Die 200 streikenden Kommunisten haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Der Betrieb erlitt keinerlei Einschränkung. Die Polizei ist inzwischen aus dem Werk wieder abgerückt.

Kohlenstaubexplosion in einem Braunkohlenwerk.

Vier Arbeiter verletzt.

In Regis-Breitingen bei Altenburg brannten auf dem der Deutschen Erdöl-A.-G. gehörigen Kohlenwerk infolge einer starken Kohlenstaubexplosion elf Trockenöfen aus. Das Feuer, das in einem dieser Öfen ausgekommen war, pflanzte sich auf die übrigen durch die Verbindungskanäle fort. Die Gase nahmen mit donnerähnlichem Krachen ihren Weg durch die riesigen Schornsteine. Ungeheure Stichflammen schlugen aus diesen empor. Teilweise suchten sich die Gase auch einen Ausweg durch die Ofenklappen in das Ofenhaus. Dabei wurden eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert. Vier Arbeiter wurden durch Stichflammen verletzt, zwei von ihnen schwer, während die beiden anderen nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnung geschafft werden konnten.

Amerikanisches Rathaus gestürmt.

Unruhen in Cleveland.

Über tausend Männer und Frauen, angeblich Kommunisten, stürmten das Rathaus in Cleveland (Ohio) und versuchten, in die Sitzung des städtischen Wohlfahrtsausschusses einzudringen, der über die Arbeitslosigkeit in der Stadt beriet. Die gesamte Polizei der Stadt wurde aufgeboten. Zwanzig Personen und zwei Polizisten wurden verletzt.

Turnen, Spiel und Sport

6. Bezirk Märkischer Turngau.

Der 1. Bezirksturntag findet am nächsten Sonntag in Meinerzhagen statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Bezirksvereins seine Vertreter zu entsenden. — Auf die am Vormittag 10 Uhr stattfindende Sitzung der Bezirksleitung mit den Vereinsoberturnwarten verweisen wir besonders.

Der Turntag beginnt nachmittags 13½ Uhr im Lokale Borlinghaus.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 12. Februar.

Müller und Curtius bei Hindenburg.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat am Mittwoch den Reichskanzler Müller und anschließend daran den Reichsaußenminister Dr. Curtius empfangen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß diese Besprechungen des Reichspräsidenten mit Müller und Curtius den Polenvertrag zum Gegenstand hatten.

Streik bei den Opelwerken.

Frankfurt a. M. Infolge der Entlassung von drei Arbeitern sind, wie die Opelwerke mitteilen, etwa 150 Arbeiter in den Streik getreten. Nach einer anderen Darstellung, die indessen von der Verwaltung der Opelwerke dementiert wird, soll die gesamte Belegschaft der Opelwerke die Arbeit niedergelegt haben, da ein kommunistisches Betriebsratmitglied kürzlich entlassen worden ist.

Sechs Jahre Zuchthaus für einen Heiratsschwindler.

München. Das Strafgericht München verurteilte den 52jährigen Kaufmann Karl Kellner aus Deggendorf wegen Betruges im Rückfall zu sechs Jahren Zuchthaus, dreitausend Mark Geldstrafe und zehn Jahren Ehrverlust. Kellner hatte, obwohl verheiratet, schon seit Jahren Heiratsschwindeleien getrieben. Der Angeklagte, der schon wiederholt vorbestraft ist — das letztemal mit sechs Jahren Zuchthaus —, hatte nach seiner Entlassung zu Beginn des vergangenen Jahres wieder diese Betrügereien aufgenommen. Unter seinen Opfern befanden sich Frauen und Mädchen aus den verschiedensten Kreisen.

Das Feuer auf der „München" gelöscht.

Bremen. Wie dem Norddeutschen Lloyd aus Newyork gemeldet wird, ist das Feuer auf dem Dampfer „München" am Mittwoch vormittag gelöscht worden.

Akademische Ehrung für Schober.

Wien. An der Wiener Universität fand die feierliche Promotion des Bundeskanzlers Schober zum Ehrendoktor der Rechte statt. Der Bundespräsident, das Diplomatische Korps unter Führung des Nuntius, die Behörden, Vertreter der Hochschulen und namhafte Gelehrte nahmen an der Feier teil. Der Bundeskanzler wurde von den Studenten und einer zahlreichen Menschenmenge mit Jubel begrüßt.

Ausbruch aus einem spanischen Zuchthaus.

Perpignan. 20 Strafgefangene sind aus dem Zuchthaus in Figueras in Spanien, unweit der französischen Grenze, ausgebrochen und in die Pyrenäen geflohen. Französische Polizei sperrt die Grenze ab, um den Ausbrechern den Weg auf französisches Gebiet zu verlegen.

Revolutionäre Unruhen in Indochina.

Paris. Nach Berichten, die beim Kolonialministerium eingetroffen sind, haben etwa 200 Tonkingschützen und 60 eingeborene Zivilisten, die revolutionären Vereinigungen angehören, das Zeltlager von Penbai in Tonking, wo ein Bataillon in Garnison liegt, angegriffen. Auf französischer Seite wurden zwei Offiziere, drei Unteroffiziere und fünf annamitische Soldaten getötet und zwei Offiziere, drei Unteroffiziere und sechs annamitische Soldaten verwundet. Die Ordnung wurde wiederhergestellt, nachdem eine Truppenabteilung aus Hanoi das Zeltlager besetzt hatte. Die aufständischen Zivilisten und Schützen sind in den Urwald geflohen. In der gleichen Nacht wurde auch der Militärposten in Hung Hoa angegriffen.

Der Konflikt Mexiko—Rußland.

Moskau. Die mexikanische Polizei hat in der sowjetrussischen Handelsvertretung in Mexiko eine Haussuchung vorgenommen. Der Leiter der russischen Handelsvertretung hat sofort bei der mexikanischen Regierung Einspruch erhoben.

Stimmungsumschwung bei einer Ersatzwahl in U. S. A.

Springfield (Massachusetts). Zum erstenmal wurde in diesem seither republikanischen Wahlkreise, in dem der frühere Präsident Coolidge seinen Wohnsitz hat, bei der Ersatzwahl zum Kongreß an Stelle des verstorbenen republikanischen Abgeordneten mit großer Mehrheit der Demokrat William Granfield gewählt. Der Stimmungsumschwung wird zum Teil dem Daniederliegen der Geschäftslage, zum Teil der Gegnerschaft gegen die Prohibition zugeschrieben.

Schweden ehrt deutsche Lebensretter.

Anerkennung für Rettung aus Seenot.

Für die Rettung der Besatzung eines am 23. November 1928 in schwerem Sturme beim Borkumer hohen Riff gestrandeten schwedischen Dampfers hat der König von Schweden dem Vormann des Motorrettungsbootes „Hindenburg" der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger eine goldene Uhr mit Inschrift und der an der Rettung beteiligten Bootsmannschaft einen größeren Geldbetrag zuerkannt.

Tödlicher Unfall des Generals Wolff.

Im Schwindelanfall aus dem Fenster gestürzt.

Generalleutnant a. D. Wolff stürzte im Schwindelanfall aus dem Fenster seiner Wohnung in Charlottenburg auf das Straßenpflaster und starb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Der General war 67 Jahre alt. Am Weltkriege hat er als Artilleriebrigadekommandeur in Frankreich und in Rußland teilgenommen.

Ministerpräsident Braun gratuliert Pacelli.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat an den Kardinalstaatssekretär Pacelli in Rom ein Telegramm gerichtet, in dem er den Kardinalstaatssekretär zugleich im Namen des preußischen Staatsministerium anläßlich der Erhebung zum Kardinalstaatssekretär die herzlichsten Glückwünsche ausspricht.

Briefkasten.

Anfrage betr. „Ganter" Halver. Versuchen Sie es einmal mit Yohimbetol, das sich in solchen Fällen durchweg gut bewährt hat. Mischen Sie eine fein zerstoßene graue Tablette für etwa vier Tiere unter das Weichfutter und zwar täglich etwa eine Woche lang. Sollte das nicht helfen, dann müssen Sie eben einen anderen Zuchtganter anschaffen. Es ist aber nicht gesagt, daß die Ursache des Mißerfolges allein beim Ganter liegt, auch die Gans kann daran schuld sein. Wieviel Gänse haben Sie?

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter, danken wir herzlichst.

Familie Schnöring.

Burbach, den 12. Februar 1930.



Wir empfehlen unsern Mitgliedern aus der eigenen Seifenfabrik der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine:

Lilienmilchseife,
Lanolinseife,
Rosenseife,
flüssige Seife,
Blumenseife,
Badeseife,
Rasierseife.

Ferner:

Sparkernseife prima, Fettseife extra für Wäsche.
Transparentseife Ia. (ohne jeden Zusatz von Tran).
Waschpulver (30% Fett). **Famos** (40% Fett).
Alles in Ia. Qualität zu den niedrigsten Preisen.

Konsumverein für Halver und Umg.

Stadtkoffer

zu haben bei **Wilh Bell jr., Haver.**

Hausfrauen

Achtung! Achtung!

Freitag, Samstag und Montag

Einheitspreise

25 Pfg.

1	Pak. Zündhölzer 10 Schacht.	25	Pfg.
1	Pfd. Reis	25	„
1	„ Erbsen, gelbe	25	„
½	„ Puddingpulver	25	„
½	„ weiß. u. br. Candis-Zucker	25	„
¼	„ Pralinen	25	„
1	Camembert-Käse	25	„
1	Bier-Käse	25	„
½	Pfd. Mischobst	25	„
¼	„ Sandschleifen	25	„
	Senf mit Glas	25	„
½	Pfd. Kernseife	25	„
	usw.	usw.	

50 Pfg.

1	Pfd. Margarine	50	Pfg.
½	„ Holl. Käse vollfett	50	„
¼	„ Kakao in Paket	50	„
¼	„ Kaffee gebrannt	50	„
1	Dose Milch Glücksklee	50	„
½	Pfd. Tortenkeks	50	„
1	„ Gemüse-Nudeln Maccaroni	50	„
1	„ Suppen- „ Schleifchen	50	„
10	Stück Heringe holl.	50	„
1	Dose Rollmöpse	50	„
3	Port. Heringe in Gelee	50	„
	usw.	usw.	

Schnettlers Lebensmittelhaus Halver

Kronprinzenstraße 26.

Pianos

Flügel Harmoniums

über die Künstler, Beamte etc. begeistert urteilten, sowie gebr. Instr. liefert zu bequemen Bedingungen u. günst Preisen

Roth & Junius Hof-Piano- u. Flügel-Fabrik **Hagen i. W. 132**

Filialen: Essen, Huyssenallee 97 und Berlin, Hardenbergstr. 14.
Staatsmedaille gold. Ausstellungspr. Katalog gratis und franko.



Tanz-Schule.

Ab **Montag, dem 17. Februar 1930** unterrichte ich in **Grünenbaum im Saale des Herrn Karl Krefting** und ab **Samstag, dem 22. Febr. 1930 im Saale des Herrn Fr. Funke in Wilhelmshöhe in**

modernen Tänzen.

Unterricht von 8,15—10,30 Uhr abends.

Um rege Beteiligung bittet Hochachtend
Fr. Kattwinkel, Tanzlehrer.

Habe **Freitag morgen** hochtragende



Kühe

zum Verkauf u. Tausch.

Wilh. Schoppmann,
Linge.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 14. 2. 30. 12 Uhr sollen in Halver im Hotel zur Post bezw. an Ort und Stelle

1 Radioanlage,
Aluminiumgriffe,
1 Sprechapparat,
1 Ofen,
1 Halbautomat,
1 Drehbank,
2 Motore
u. a.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Lüdenscheid, d. 13. 2. 30

Bußmann,
Gerichtsvollzieher kr. A.

Vaterländischer Frauenverein Halver.

Mitglieder, die Anfang Mai an der

Besichtigung der Henkel-Werke in Düsseldorf

teilnehmen möchten, wollen sich **bis zum 18. Febr.** bei dem Vorstande ihrer Bezirksgruppe melden u. dabei eine vorläufige Zahlung von 3,— RM. entrichten. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Hauptvorstand.



Freiwillige Feuerwehr Neuenhaus.

Am Samstag, 15. Febr. abends 7 Uhr

Appell

in sämtlich. Ausrüstungsgegenständen mit Ausnahme Tuchrock und Mütze.

Das Kommando.

Weltruf!



genießen die

Absatz-Ferkel

der echten mit Oldenburger durchzüchteten westfäl. Edelrasse. Langgestreckt, breitbucklig und mit Schlappohren, die besten zur Zucht und Mast.

6—8	wöch.	28—33	Mk.
8—10	wöch.	33—36	Mk.
10—12	„	36—40	„
12—15	„	40—44	„

Größ. Läuferschweine billigst nach Gewicht alles per Nachnahme ab hier. Es kommt nur ganz erlesene Ware direkt vom Züchterstall, daher frisch und widerstandsfähig, zum Versand. Garantie für gesunde Ankunft noch 8 Tage nach Empfang. Fordern Sie kostenlos Referenzen von unserer seit 1890 bestehenden Firma. Werbung um Dauerkundschaft besagt reellste Bedienung.

Niermann, Ferkelgroßversand,
Windelsbleiche i. Westf.
Seither größtes und ältestes Versandgeschäft am Platze.

Stellen-Anzeigen
für den
‚Personal-Anzeiger des Daheim'
werden durch unsere Geschäftsstelle **Halver Kirchstr. 5,** ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 10 Pf. für die Zeile (=7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen — Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle des
Allg. Anzeiger, Halver.